

Postulat

über den Stopp der Auslagerung der Haus- und Reinigungsdienste bei Betrieben der kantonalen Verwaltung und an den Luzerner Kantonsschulen

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Prüfung einer Auslagerung der Haus- und Reinigungsdienste bei Betrieben der kantonalen Verwaltung und an den Luzerner Kantonsschulen zu stoppen.

Begründung:

Nach der vor knapp drei Jahren bereits stattgefundenen Auslagerung der Verpflegung an den Luzerner Kantonsschulen prüft der Regierungsrat, auch die Reinigungs- und Hausdienste bei Betrieben der kantonalen Verwaltung und an den Luzerner Kantonsschulen an private Unternehmen auszulagern. Dabei versichert die Regierung wiederum, dass sie an einer sozialverträglichen Umsetzung interessiert und ein sinnvoller Einbezug der aller Betroffenen bei einer Privatisierung gewährleistet werde.

Nun zeigt sich aber bei den vor drei Jahren ausgelagerten Mensas, dass sich die Arbeitsbedingungen nach einer ausgehandelten Schonfrist von drei Jahren deutlich verschlechtern, es kommt zu Änderungskündigungen und tieferen Löhnen. Kündigungen werden zunehmen, die Mensas langjährige, vertraute Mitarbeitende verlieren. Auch die betroffenen Lehrpersonen äussern ihre Unzufriedenheit über die Auslagerung und gelangen mit Petitionen an den Regierungsrat. Es ist zu befürchten, dass sich diese negativen Entwicklungen auch bei der Auslagerung der Haus- und Reinigungsdienste einstellen werden. Die Identifikation von langjährigen Mitarbeitenden der Haus- und Reinigungsdienste an Schulen und sonstigen kantonalen Betrieben ist für den Betrieb von hohem Wert. Diese ermöglicht im Rahmen von Schulprojekten oder besonderen Anlässen oft äusserst pragmatische Lösungen im Sinne aller. Diese Identifikation ist mit einer Privatisierung nicht mehr gegeben.

Heute werden im Haus- und Reinigungsdienst der kantonalen Betriebe und Kantonsschulen im Sinne der Arbeitsintegration auch Arbeitsplätze für Menschen mit psychischen oder körperlichen Beeinträchtigungen angeboten. Bei einer Auslagerung an marktwirtschaftlich orientierte Servicedienstleister werden solche Integrationsbemühungen nicht mehr vorgenommen werden.

Urban Sager, 14. Juni 2018